

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
(14. Sitzung am 11. Juni 2018)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/308](#)

dazu: Eingaben 222, 224, 304, 305, 306 und 313

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Er empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: FDP

Enthaltung: -

Die Beschlussempfehlung erging unter dem Vorbehalt der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen.

Ferner empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig, die in die Beratung einbezogenen Eingaben für erledigt zu erklären.

Als Berichterstatter wurde der Abg. **Christoph Eilers** (CDU) benannt.

2. Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur Situation der Jugendämter in Niedersachsen

Einstimmig beschloss der Ausschuss, sich in einer der nächsten Sitzungen durch die Landesregierung über die Situation der Jugendämter in Niedersachsen unterrichten zu lassen.

3. Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Niedersachsen und dabei insbesondere zur Neuregelung der Zuständigkeiten in der Eingliederungshilfe

Einstimmig beschloss der Ausschuss, sich in einer der nächsten Sitzungen durch die Landesregierung über die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Niedersachsen und dabei insbesondere über die Neuregelung der Zuständigkeiten in der Eingliederungshilfe unterrichten zu lassen.

4. a) Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den aktuell bekannt gewordenen Vorgängen rund um die erhöhten Mortalitätsraten nach bestimmten operativen Eingriffen im Klinikum Oldenburg

b) Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Verlust des OP-Zertifikats nach erhöhter Anzahl an Todesfällen bei Operationen an der Bauchspeicheldrüse im Klinikum Oldenburg

Der Ausschuss beschloss einstimmig, sich in der Sitzung am 14. Juni 2018 durch die Landesregierung über die o. a. Vorgänge unterrichten zu lassen.

5. **Beschlussfassung über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU auf Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der medizin-historischen Studie zu personellen Kontinuitäten in der Psychiatrie Niedersachsen nach 1945**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, sich in einer der nächsten Sitzungen durch die Landesregierung über die Ergebnisse der medizin-historischen Studie zu personellen Kontinuitäten in der Psychiatrie Niedersachsen nach 1945 unterrichten zu lassen.

Vertraulicher Sitzungsteil

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung über ein besonderes Vorkommnis im Maßregelvollzug**

hier: Aktive Entweichung und Festnahme eines Patienten des MRVZN
Moringen am 27. Mai 2018

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung in einem vertraulichen Sitzungsteil entgegen und führte darüber eine Aussprache.